

JOSEF JOFFE

Der lila Finger



Josef Joffe ist «Zeit»-Herausgeber und Amerika-Kenner

Dass Araber mit der Demokratie so gut umgehen können wie Fische mit Fahrrädern, ist eine Überzeugung, die in Europa Linke wie Konservative vereint. «Der Araber» brauche eine starke Hand; wenn er mal wählt, küre er die Falschen. Ein Blick auf die Wahlen im Irak sollte dieses Klischee ein wenig erschüttern.

Wie viele Deutsche wären 1947, zwei Jahre nach Kriegsende, an die Urnen geeilt, derweil Alt-Nazis die Strassen mit Autobomben gepflastert hätten? Letzte Woche, da die Iraker aufgerufen waren, eine Regierung zu wählen, haben es 70 Prozent des Wahlvolkes getan. Noch ermutigender ist der hohe Anteil der Sunniten, die die vorherigen Abstimmungen (Verfassung, Interimsregierung) boykottierten.

Mag sein, dass 375 000 Soldaten – Amerikaner und Iraker –, die im ganzen Land ausgeschwärmt waren, Anteil an dieser wundersamen Entwicklung hatten. Das allein aber kann die Überraschung nicht erklären. Dieses Mal traten sogar Sunniten-Gruppierungen mit Verbindungen zu den Aufständischen an. Noch wichtiger: Anders als vor den beiden früheren Wahlgängen haben einflussreiche sunnitische Geistliche die Gläubigen aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Das ist die bislang beste Nachricht aus dem Irak. Offensichtlich haben die Sunniten, die ihre alte Machtstellung mit Waffengewalt und Terror zu halten versuchten, sich zu der Überzeugung durchgerungen, dass der Wahlzettel besser sei als die Selbstmordbombe.

Selbst in Sunniten-Hochburgen wie Adamiya hört man erstaunliche Bekenntnisse wie: «Früher hatten wir einen Diktator, jetzt haben wir Freiheit. Jetzt haben wir echte Wahlen und nicht vorgegaukelte wie unter Saddam», sagt der Lehrer Emal Abdul Dshabbar. Erstaunlich daran ist, dass er dies dem Reporter der «New York Times» öffentlich ins Notizbuch diktierter. Früher wäre er dafür umgebracht worden.

In dieser Woche durfte die Hoffnung spriessen, dass Demokratie doch kein Fremdwort in Arabien ist. Nächste Woche geht es an die Regierungsbildung, die vom grössten Block der Gewählten, den Schiiten, beherrscht werden wird. Vielleicht haben dann wieder die Bomben das Wort. Vielleicht aber darf dieses merkwürdige Gewächs weiterblühen, weil Sunniten wie Schiiten begriffen haben, dass der «lila Finger» (der Beweis der Wahlteilnahme) besser funktioniert als der Finger am Zünder.



ZITIERT

Frankfurter Allgemeine

Die ostasiatischen Staaten könnten ein Vorbild sein für die EU: «Unter dem Banner des «Ostasiengipfels» haben sich erstmals die wichtigsten Volkswirtschaften und die politisch einflussreichsten Länder der Region zusammengetan: China, Indien und Japan. Sie wollen sich von nun an – gemeinsam mit den zehn Asean-Staaten sowie mit Korea, Australien und Neuseeland – jährlich auf höchster Ebene treffen. (...) Sie sind, in Einwohnern gemessen, sechsmal grösser als die EU und bilden einen Raum, der sich – anders als die Union – in jeder Hinsicht dynamisch entwickelt. (...) Die blosse Zusammenarbeit von Regierungen, hiess es, könne keine echte Gemeinschaft formen. Angesichts des Zustands der europäischen Politik werden Kritiker nun vielleicht neugieriger in den Fernen Osten blicken.»

Ein starkes Lebenszeichen

REINER EICHENBERGER* über das degressive Steuersystem Obwaldens

Obwalden – der zweitkleinste und zweitärmste Kanton – erschreckt die Grossen und Reichen: Seine von Schaffhausen inspirierte degressive Einkommenssteuer belastet Einkommen ab 300 000 Franken mit sinkenden Sätzen. Viele Kommentatoren reden aufgeregt von stossender Ungerechtigkeit und ruinösem Steuerwettbewerb. Das Gegenteil ist der Fall.

Obwalden senkt die Steuern für Reich und Arm. Nachteile drohen allenfalls bisher bevorteilten Ärmern reicher Kantone, falls dort ebenfalls die Steuern für die Reichen gesenkt und die Ärmern höher belastet werden müssen. In vielerlei Hinsicht schaffen degressive Steuern aber mehr Gerechtigkeit: Erstens erlauben sie es armen Kantonen, reiche ähnlich zu besteuern wie reiche Kantone, wodurch die geografische Verteilung der Reichen gleichmässiger wird. Zweitens verkleinern sie die Benachteiligung nor-

malbesteuerter Reicher gegenüber den Tausenden «nicht aktiven» reichen Ausländern mit Sonderbesteuerungsabkommen. Drittens senken sie die Ungleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und unbesteuerten Kapitalgewinnen. Viertens vermindern sie Doppelbesteuerung; hohe Einkommen sind oft Erträge von aus versteuertem Einkommen gebildeten Vermögen. Fünftens schaffen sie mehr Gerechtigkeit zwischen ehrlich in der Schweiz versteuertem und ins Ausland verschobenem Einkommen. Sechstens zahlen Reiche auch in Obwalden weiterhin ein Vielfaches der Steuern von Normalverdienern, und siebentens entspricht ihre Steuerlast so besser den ihnen vom Staat erbrachten Leistungen.

Degressive Steuern und ein intensiver Steuerwettbewerb erhöhen auch die volkswirtschaftliche Effizienz. Die ökonomische «Theorie der optimalen Besteue-

rung» empfiehlt degressive Steuern, weil die negativen Anreizwirkungen von Steuern mit dem Einkommen steigen. Steuerwettbewerb hilft, die Steuern tief und die Schweiz fit zu halten. Die Alternative zu offenem Steuerwettbewerb ist nicht Steuerharmonie. Je eingeschränkter die Kantone bei den allgemeinen Steuertarifen werden, desto mehr versuchen sie mit geheimen individuellen Steuerabkommen und Zuwendungen gute Steuerzahler und Unternehmen anzuziehen. Aus gesundem Steuerwettbewerb werden so ressourcenverzehrende Steuerschlupfloch- und Subventionswettläufe. Wer gut verhandelt, erhält mehr. Wer das Wirtschaftsförderung nennt, macht die Sache nicht besser. Wenn Obwalden reiche Steuerzahler anziehen kann, nützt das auch den anderen Kantonen, weil Obwalden dann weniger Finanzausgleich braucht. Die heutigen, hohen Steuern für



«Obwalden senkt die Steuern für Reich und Arm»

mobile Personen werden auf die Immobilien überwälzt: Je höher etwa international mobile Manager besteuert werden, desto höhere Löhne müssen ihnen die Firmen zahlen. Folge: Die Konsumgüterpreise steigen, die Gewinne der Aktionäre (z. B. Pensionskassen) sowie die Löhne der anderen Mitarbeiter sinken.

Degressive Steuern lösen keine gefährliche Dynamik aus. Sie loh-

nen sich nur für Kantone, die keine oder nur wenige Reiche haben. Deshalb wird es für Obwalden längerfristig wohl attraktiv, die Steuern wieder sanft zu erhöhen, wenn sich einmal ein paar Reiche fest eingerichtet haben. Und das Schweizer System ist durch den Finanzausgleich und insbesondere die Bundessteuer fast zu gut gepuffert. Wegen der enormen Progression der Bundessteuer bleibt auch in Obwalden die Gesamtbesteuerung progressiv.

Angesichts all dieser Überlegungen sollten die reichen Kantone weniger über das arme Obwalden schimpfen, als sich über das starke Lebenszeichen dieses Kleinkantons freuen.

* Reiner Eichenberger ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor von Crema (Center of Research in Economics Management and the Arts).

Ein billiger Vergleich

YVES CARPY über den Umgang der Rentenanstalt mit ihren Ex-Chefs und Kriminalität auf Chefetagen

11,5 Millionen Franken Gewinn hatte die alte Führungsriege der Rentenanstalt/Swiss Life um Manfred Zobl, Roland Chlapowski und Dominique Morax mit ihrem Bereicherungsvehikel LTS eingestrichen. Davon müssen sie nur 0,35 Millionen retournieren. Das ist das faul anmutende Ergebnis des Vergleichs, den die neue Swiss-Life-Führung unter dem ehemaligen CS-Banker Rolf Dörig diese Woche vor dem Zürcher Handelsgericht mit ihren Vorgängern schloss.

Damit kommen die sechs früheren Kaderleute zivilrechtlich billig davon. Dies, obwohl sie gegen die Gebote einer integren Firmenführung verstossen. Diese muss zwischen richtig und falsch unterscheiden können und Interessenkonflikte transparent machen. Die ehemaligen Kaderleute vermischten in der Be-

teiligungsgesellschaft LTS ihr persönliches mit dem Firmenvermögen und verletzen die Grenzen von Mein und Dein.

Man hätte sich von den neuen Chefs einen engagierteren Kampf um Schadensersatz gewünscht. Rechtlich gesehen ist laut Experten zwar nur schwer zu entscheiden, wie hoch der Schaden war und wer die Schuld trägt. Sich auf Recht beschränken reicht aber für eine Unternehmensführung nicht. Straffrei bleiben die geschassten Manager und Verwaltungsräte dank dem Bundesamt für Privatversicherungen (BPV) trotzdem nicht. Es belegte die LTS-Spekulanten mit einem faktischen Berufsverbot. Das Signal an die Mitarbeiter wäre sonst verheerend gewesen. Was würden die Swiss-Life-Chefs sagen, wenn jeder Mitarbeiter mit der Firmenkreditkarte privat essen ginge?

«Grenzen von Mein und Dein verletzt»

Der starre Blick

DENIS VON BURG über die angebliche Regierungskrise und tatsächliche Regierungsprobleme

«Regierungskrise»? Zugegeben, die beiden Antipoden Moritz Leuenberger und Christoph Blocher tragen ihren politischen Kampf permanent an die Öffentlichkeit – auch um der eigenen Partei Wähler zuzuführen. Wer glaubt, die Illusion einer homogenen Regierung müsse auf jeden Fall aufrechterhalten werden, mag von einer Krise der Kollegialität sprechen.

Eine Regierungskrise ist das nicht, auch nicht, wenn Blocher damit offensichtlich eine bürgerliche Mehrheitsregierung ohne SP anstrebt. Denn: Trotz einiger Abstimmungsniederlagen ist der Bundesrat nach wie vor in der Lage, in wichtigen Fragen wie Schengen, Personenfreizügigkeit oder Finanzausgleich Entscheide zu fällen und dafür in Parlament und Volk Mehrheiten zu finden.

Fakt ist aber auch: Viele Beschlüsse von Bundesrat und Parlament tragen die Handschrift einer Mitte-rechts-Mehrheit gegen die SP – beim Asylgesetz, bei der Swisscom und beim Sparen. Angesichts der sich häufenden politischen Niederlagen richtet die Linke den Blick starr auf Blocher. Sie gräbt sich neuerdings wieder in linken Fundamentalpositionen ein und legitimiert diese mit einer Krisenrhetorik.

Das bringt vielleicht Wählerstimmen, ist aber politisch gefährlich. Es wartet die Sanierung der Sozialwerke; dort droht wegen einer unheiligen Nein-Allianz aus SP und SVP die totale Blockierung. Wenn die Linke die Krise wirklich fürchtet, sollte sie eine Sozialreform mit der Mitte versuchen. Sonst macht sie sich mitschuldig an einer echten Regierungskrise.

«Die Linke gräbt sich neuerdings wieder ein»